



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Pressemitteilung Nr. 5 vom 12. Februar 2024

Telefonische Beratung zur Einsichtnahme in Stasi-Akten und zu SED-Unrecht

Termin: 20. Februar 2024
Zeit: 10 bis 17 Uhr
Telefon: 0331 – 237292 - 21

Das Beratungsteam der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer telefonischen Beratung ein. Das Angebot richtet sich an Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR politisch verfolgt wurden, die in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht waren und/oder Einsicht in ihre Stasiakten beantragen möchten, sowie an deren Angehörige. Die Beratung wird kostenfrei angeboten.

In den Gesprächen können insbesondere folgende Themen besprochen werden:

Einsicht in die Stasi-Unterlagen

- > Antragstellung (einschl. Decknamen-Entschlüsselung und Wiederholungsanträge)
- > Erläuterung zur Anonymisierung (Schwärzung)
- > Antragstellung als nahe Angehörige von Verstorbenen
- > Anträge für Forschung und Medien

Beratung zu SED-Unrecht

- > Rehabilitierung von SED-Unrecht nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und sich daraus ergebende Leistungsansprüche
- > Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden
- > Vermittlung von psychosozialen Beratungs- und Hilfsangeboten

Für Betroffene, die in der DDR in Spezialkinderheimen, Jugendwerkhöfen, Durchgangs- und Sonderheimen untergebracht waren sowie für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR wurden ab dem 29.11.2019 die Rehabilitierungsmöglichkeiten deutlich verbessert.

Sollten die Telefonleitungen während der Beratungszeit überlastet sein, können Ratsuchende auch gern eine E-Mail schreiben an buergerberatung@lakd.brandenburg.de oder einen Brief senden an Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Hegelallee 3, 14467 Potsdam.

Pressekontakt: Stefanie Wahl